

Gemeinsam springen Zum jüngsten Gipfel der EU und China

Helmut Scholz

Mediale Aufregung wie selten, aber auch intensive Gespräche und Verhandlungen über Investitionsabkommen. So könnte man knapp das jüngste Treffen zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China Ende September dieses Jahres umreißen. Es gab sehr kritische Worte vom chinesischen Premier Wen Jiabao an die Adresse der EU. Peking kritisierte die Nichtanerkennung als Marktwirtschaft, das Waffenembargo und die Behinderung des Zugangs zum EU-Markt. Brüssel hielt entgegen: Nichteinhaltung individueller Menschenrechte, Raubbau an der Natur und die Tatsache, dass geistiges Eigentum nicht geschützt ist. Neben der Kritik offerierte China eine erste Skizze für ein Handels- und Partnerschaftsabkommens, dass den Beziehungen eine wahrhaft strategische Perspektive geben kann. Der jüngste EU-China-Gipfel zeigte (erneut) das zwiespältige Verhältnis zwischen den „strategischen Partnern“.

Tatsache ist: Die EU ist für China heute der wichtigste Handelspartner und für die EU ist das „Reich der Mitte“ längst eine bedeutsame Exportoption. Allein von 2010 auf 2011 wuchs der Export von Waren aus der EU nach China um 20 Prozent und erreichte ein Volumen von 136,2 Milliarden Euro. Aber da ist noch mehr: China ist einer der wichtigsten Partner, wenn es um globale Herausforderungen. China ist auch ein wirtschaftlicher Konkurrent um Rohstoffe im globalen Maßstab. China wird zum wichtigen Investor auf europäischen Märkten und zu einem Herausforderer in Sachen sozialer und arbeitsmarktpolitischer Standards. Den Status „Rohstofflieferant“ und billige Werkbank hat China nicht mehr. Zwar ist heute China noch Lieferant von Massenproduktionsartikeln. Zugleich ist es tief in globalen Produktionsketten, wie bei Elektronikbauteilen oder Notebooks, integriert. Die Zahl der Patentanmeldungen erhöht sich sprunghaft. Mittlerweile wird in den USA der chinesische Technologieriese Huawei als Bedrohung der nationalen Sicherheit eingestuft. Dies sieht man auch in der EU zunehmend so. In den chinesischen Städten fährt heute eine

wachsende Mittelschicht nicht mehr Fahrrad, sondern Elektroroller oder Audi A6 – und entdeckt zugleich den globalen Tourismus. Arm und Reich differenzieren sich zwischen Yangtze-Mündung und dem Landesinnern immer mehr. Das führt zu sozialen Spannungen und zunehmend auch zu sozialen Auseinandersetzungen. Damit wird die Lösung dieser Konflikte die innenpolitische Aufgabe Nummer eins. Dies hat, das sollten wir nicht unterschätzen, auch Konsequenzen für die internationale Position Chinas.

Wie gehen wir mit diesem China um? Wenn von EU-Kommissaren, wie De Gucht, bis zu Regierungschefs einzelner Mitgliedstaaten, wie dem französischen Präsidenten Hollande, in erster Linie auf Konkurrenz und die Erpressung im Verhältnis zu China gesetzt wird, so schadet das eindeutig europäischen Interessen. China verhandelt nicht nur mit uns. Die südostasiatische ASEAN wird ab 2016 ein echter Binnenmarkt sein, Russland sucht eine Verringerung seiner Abhängigkeit vom europäischen Absatzmarkt und schaut nach Osten. Und auch Lateinamerika bietet Chancen für China. Es ist an der Zeit, sich wirtschaftlich so mit China zu verzahnen, dass diese Zusammenarbeit produktiv für die Menschen hier in Europa und auch in China ist. Es geht um eine faire Kooperation auf Augenhöhe. Das bedeutet, dass die EU endlich ihre marktliberalen Dogmen zum einseitigen Vorteil der EU fallen lässt. Sicherlich gehört auch dazu, dass man in Brüssel die gängigen Vorurteile gegenüber der „unheimlichen Macht im Osten“ überwindet.

EU-Kommissionspräsident Barroso gebrauchte auf dem EU-China-Gipfel hehre Worte. Das Verhältnis zu China beruhe auf „wechselseitigem Respekt, wechselseitigem Nutzen und Freundschaft“. Wir sollten diese Worte nicht zu Floskeln degenerieren lassen, sondern sie in die Realität, in politisches Handeln, im europäisch-chinesischen Verhältnis umsetzen. Dazu müsste die EU, die gegenwärtig selbst nachhaltige Lösungen in der eigenen Krise sucht, endlich einen „großen Sprung“ wagen. China und die EU müssen das Konkurrenzdenken überwinden, gemeinsam, und in ihrem jeweiligen Interesse durch das Ziel hoher wechselseitiger ökonomischer Integration ersetzen. Die Lösung der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kann den Partnern nur gemeinsam gelingen. 🌐



Helmut Scholz MdEP,
geb. 1954, Konföderale
Fraktion der Vereinigten
Europäischen Linken /
Nordische Grüne Linke,
Mitglied im Ausschuss für
Internationalen Handel.
helmut.scholz@europarl.
europa.eu